

Wahlprüfsteine der Studienrätekonferenz Sachsen-Anhalt

1. Erhalt der verfassten Studierendenschaften und studentischer Selbstverwaltung

Die verfassten Studierendenschaften bilden die demokratische Selbstverwaltung der Studierenden und übernehmen Aufgaben der Interessenvertretung, politischen Bildung sowie der sozialen, kulturellen und internationalen Zusammenarbeit. In Sachsen-Anhalt wurden zuletzt politische Vorhaben diskutiert, die die Auflösung dieser Strukturen und die Verlagerung ihrer Aufgaben auf Hochschulverwaltungen vorsehen. Die SRK sieht darin Risiken für Mitbestimmung, Eigenständigkeit und demokratische Beteiligung an Hochschulen.

Frage:

Wie positioniert sich Ihre Partei zum dauerhaften Erhalt der verfassten Studierendenschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts?

Bitte erläutern Sie gegebenenfalls:

- Erhalt der bestehenden Rechtsform
- Eigenständigkeit studentischer Vertretungen
- Gesetzgeberischen Änderungsbedarf

Antwort:

Die FDP steht grundsätzlich zu einem Erhalt der verfassten Studierendenschaft als Körperschaft öffentlichen Rechts. Wir sehen in der derzeitigen rechtlichen Konstruktion eine Möglichkeit, die auf der einen Seite Rechte für die Studierendenschaft absichert, diese aber auf der anderen Seite an Pflichten der Rechts- und Finanzaufsicht bindet. Gesetzlichen Änderungsbedarf sehen wir in der Frage der Wahlfreiheit. Die FDP fordert, einen Austritt aus der verfassten Studierendenschaft bereits ab dem 1. Semester zu ermöglichen. Hierdurch wollen wir Studenten grundsätzlich freistellen, ob sie Angebote der verfassten Studierendenschaften nutzen wollen oder nicht.

2. Demokratische Mitbestimmung an Hochschulen

Studenten wirken in Senaten, Fachbereichsräten, Studierendenräten und weiteren Hochschulgremien an Entscheidungsprozessen mit. Gleichzeitig werden Veränderungen von Gremienstrukturen und Beteiligungsrechten immer wieder politisch diskutiert. Für die SRK stellt sich daher die Frage, welchen Stellenwert Hochschuldemokratie künftig im Land einnehmen soll.

Frage:

Welche Rolle soll studentische Mitbestimmung an Hochschulen künftig in Sachsen-Anhalt spielen?

Bitte nehmen Sie gegebenenfalls Stellung zu:

- Beteiligungsrechte in Hochschulgremien
- Förderung studentischen Engagements
- Demokratische Beteiligungsformate

Antwort:

Studenten an Sachsen-Anhalts Hochschulen steht wie jeder anderen universitären Gruppe eine Beteiligung an wesentlichen Gremien und weiteren Entscheidungen zu. In der zurückliegenden Legislatur haben wir hierbei z.B. die Gremienarbeit an den medizinischen Fakultäten durch eine Änderung des Hochschulmedizingesetzes verbessert. Wir sehen darüber hinaus die verfasste Studierendenschaft qua ihrer Rechtsstellung und im Rahmen ihrer finanziellen Mittel in der Pflicht, für eine Mitbestimmung der Studenten zu sorgen.

3. Soziale Lage und Studienfinanzierung

Steigende Lebenshaltungskosten, höhere Mieten und zusätzliche Belastungen im Studienalltag verschärfen die finanzielle Situation vieler Studierender. Besonders betroffen sind Studierende ohne familiäre Unterstützung sowie internationale Studierende. Gleichzeitig fehlen häufig ausreichende Unterstützungsstrukturen und finanzielle Absicherungen.

Frage:

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die soziale und finanzielle Situation von Studierenden in Sachsen-Anhalt zu verbessern?

Bitte erläutern Sie gegebenenfalls:

- Landesprogramme und Zuschüsse
- Unterstützung internationaler Studierender ☐ Sozialfonds und Härtefallregelungen

Antwort:

Die gestiegenen Lebenshaltungskosten sind nicht alleine auf politische Entscheidungen in Sachsen-Anhalt zurückzuführen, sondern eine Auswirkung allgemeiner wirtschaftlicher Herausforderungen in ganz Deutschland. Als FDP setzen wir uns im allgemeinen für eine Linderung der Steuer- und Abgabenlast für alle Menschen in Deutschland ein. Wir wollen die Umsatzsteuer senken und setzen uns für die Abschaffung bzw. gegen die Einführung von Sondersteuern wie der Zuckersteuer ein. Darüber hinaus hat die FDP auch in der letzten Bundesregierung für Verbesserungen beim Bafög gestritten. Wir wollen ein elternunabhängiges Bafög einführen, dass jeder und jedem eine Finanzierung und Förderung im Rahmen des Studiums ermöglicht, ungeachtet der Herkunft und ohne auf Belege und Nachweise der Eltern angewiesen zu sein. Die aktuellen Pläne der Bundesregierung, Minijobs in die Rentenversicherung einzubeziehen stellt aus unserer Sicht eine weitere unzumutbare Belastung für Studenten dar, die sich ihr Studium durch einen Nebenerwerb finanzieren.

4. Studentischer Wohnraum

Die Versorgung mit studentischem Wohnraum bleibt in Sachsen-Anhalt deutlich hinter dem Bedarf zurück. Nach der Wohnraumstatistik 2025 stehen 49.987 Studierenden lediglich 4.654 Wohnheimplätze gegenüber. Dies entspricht einer Unterbringungsquote von 9,31 %. Viele Studierende sind daher auf den privaten Wohnungsmarkt angewiesen.

Frage:

Wie möchte Ihre Partei bezahlbaren Wohnraum für Studierende in Sachsen-Anhalt ausbauen?

Bitte beziehen Sie gegebenenfalls Stellung zu:

- Neubau und Sanierung von Wohnheimen
- Finanzierung der Studierendenwerke ☐ Kooperationen mit Kommunen

Antwort:

Die Studentenwohnheime sind weiterhin eine zentrale Säule der Infrastruktur für studentisches Wohnen. Für die FDP ist aber auch klar, dass der Bedarf an Wohnraum niemals alleine durch die Studentenwerke gedeckt werden kann. Auch hierfür können Mittel z.B. aus dem Programm „junges Wohnen“ eingesetzt werden. Das beste Instrument zur Sicherung bezahlbaren Wohnraums ist aber grundsätzlich die Schaffung solcher Rahmenbedingungen, dass sich Investitionen in Neubau und Sanierung rechnen. Dadurch würde der wirtschaftliche Anreiz entstehen, steigender Nachfrage mit einem höheren Angebot zu begegnen – leider wird im Gegenteil vielerorts in Deutschland versucht, dem Mangel mit immer noch mehr rechtlichen Vorgaben und anderen staatlichen Eingriffen zu begegnen. Das kann nicht funktionieren. Ein großer Vorteil Sachsens-Anhalts ist es, dass hier angesichts nach wie vor hoher Leerstandsquoten fast überall im ganz normalen Wohnungsmarkt bezahlbare Wohnungen verfügbar sind.

5. Mobilität und Semesterticket

Steigende Ticketpreise führen zu höheren Semesterbeiträgen und gefährden die finanzielle Belastbarkeit des deutschlandweiten Semestertickets. Mobilität ist jedoch Voraussetzung für Studium, Praktika und studentische Erwerbstätigkeit.

Frage:

Wie will Ihre Partei langfristig bezahlbare Mobilität für Studierende sichern?

Bitte erläutern Sie gegebenenfalls:

- Preisstabilität beim Semesterticket
- Landeszuschüsse
- Alternative Finanzierungsmodelle
- Verhältnis zum Deutschlandticket

Antwort:

Mit dem Deutschlandticket ist in dieser Legislaturperiode ein preislich ausgesprochen attraktives ÖPNV-Produkt entstanden. Das Deutschland-Semesterticket ist bei gleichem Angebotsumfang noch deutlich günstiger. Das wollen wir fortsetzen. In der Zeit unserer Regierungsbeteiligung hat sich

Sachsen-Anhalt in der Verkehrsministerkonferenz und im Bundesrat erfolgreich für einen Mechanismus eingesetzt, der die Finanzierung bereits bis 2030 sichert. Da ein Großteil der Kosten aus Steuermitteln bezahlt wird, ist vor einer Verlängerung darüber hinaus selbstverständlich eine Evaluation des Deutschlandtickets geboten. Grundsätzlich sind wir für eine Verstetigung bereit. Gleichzeitig darf nicht vergessen werden, dass in Sachsen-Anhalt viele Studenten auf das Auto angewiesen sind. Eine Politik gegen das Auto lehnen wir deshalb ab und setzen stattdessen auf eine bessere Verknüpfung der unterschiedlichen Verkehrsträger, beispielweise Mobilitäts-Hubs an Bahnhöfen im ländlichen Raum.

6. Hochschulfinanzierung und Zukunft der Hochschulstandorte

Die Diskussion um Grundfinanzierung, Drittmittelabhängigkeit und die Zukunft regionaler Hochschulstandorte prägt die Hochschulpolitik seit Jahren. Demografischer Wandel und Fachkräftemangel stellen zusätzliche Herausforderungen dar.

Frage:

Wie möchte Ihre Partei die Hochschulen in Sachsen-Anhalt langfristig absichern?

Bitte nehmen Sie gegebenenfalls Stellung zu:

- Grundfinanzierung
- Drittmittelabhängigkeit
- Regionale Hochschulstandorte
- Hochschulentwicklungsplanung

Für die FDP Sachsen-Anhalt bleiben die Zielvereinbarungen der Dreh- und Angelpunkt der Zielsetzungen zwischen Hochschule und Land. Hier sollen langfristige Zielstellungen festgeschrieben, die grundsätzliche Ausgestaltung aber dem selbstverantwortlichen Management der Universitäten und Hochschulen überlassen werden. Um Aufgaben im Rahmen der Hochschulautonomie durchzuführen wollen wir die Hochschulen weiterhin auskömmlich mit Grundmitteln ausstatten. Insgesamt sehen wir den Anspruch, Grundlagenforschung und spezialisierte Angebote zu fördern, nicht im Widerspruch zueinander. Beide Seiten bilden essenzielle Teile einer innovativen Wissenschaftslandschaft, in der durch ein Aufrechterhalten der Forschungsfreiheit Projekte umgesetzt werden können.

7. Arbeitsbedingungen und studentischer Tarifvertrag

Unsichere Beschäftigungsverhältnisse, kurze Befristungen und fehlende Dauerstellen prägen weiterhin viele Arbeitsbereiche an Hochschulen. Dies betrifft sowohl wissenschaftliche Mitarbeitende als auch studentische Beschäftigte. Gleichzeitig wird seit Jahren über bessere Arbeitsbedingungen und tarifliche Regelungen für studentische Beschäftigte diskutiert.

Frage:

Welche Maßnahmen unterstützt Ihre Partei zur Verbesserung der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen an Hochschulen in Sachsen-Anhalt, insbesondere für wissenschaftliche Mitarbeitende und studentische Beschäftigte? Setzt sich Ihre Partei auf Landesebene und innerhalb der Tarifgemeinschaft deutscher Länder für tarifliche Regelungen für studentische Beschäftigte ein?

Bitte erläutern Sie gegebenenfalls:

- Dauerstellenprogramme
- Umgang mit Befristungen
- Arbeitsbedingungen studentischer Beschäftigter
- Studentischer Tarifvertrag (TVStud)
- Fachkräftebindung

Antwort:

Die Aufgaben zu Erhöhung der Attraktivität der wissenschaftlichen Arbeit liegen aus Sicht der FDP insbesondere in der Aufgabe der Bundesregierung. Klar ist, dass es im Wissenschaftszeitvertragsgesetz mehr Flexibilität benötigt, um z.B. talentiertes Personal in Forschung und Lehre zu halten. Gleichzeitig muss aber garantiert werden, dass unter den jeweiligen finanziellen Bedingungen von Ländern und Universitäten wissenschaftliche Karrierewege für jede neue Forschergeneration offenstehen. In Sachsen-Anhalt hat die FDP mit der Erhöhung der Graduiertenförderung bereits mehr Chancen für besonders talentierte junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler geschaffen. Einen eigenen Tarifvertrag für Studentische Mitarbeiter halten wir für eine Frage, die die Hochschulen im Rahmen ihrer Eigenverantwortlichkeit bei Bedarf in Verhandlungen diskutieren sollten.

8. Studierendenwerke, Infrastruktur und Digitalisierung

Mensen, Beratungsangebote, Lernräume und digitale Infrastruktur sind wesentliche Voraussetzungen für ein erfolgreiches Studium. Gleichzeitig bestehen Investitionsbedarfe bei Gebäuden, Aufenthaltsflächen und der technischen Ausstattung.

Frage:

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zur Stärkung der sozialen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen des Studiums?

Bitte nehmen Sie gegebenenfalls Stellung zu:

- Finanzierung der Studierendenwerke
- Psychosoziale Beratungsangebote
- Sanierungen und Neubauten
- Lernräume und Aufenthaltsflächen
- Digitale Ausstattung
- Software- und Lizenzangebote
- Barrierefreiheit und digitale Barrierefreiheit

Antwort:

Die FDP setzt sich für eine auskömmliche Finanzierung der Studentenwerke ein. Etwaige Neubauten an den Hochschulstandorten wollen wir grundsätzlich im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel ermöglichen. Wir setzen uns für eine vollumfängliche Digitalisierung der Hochschulen ein. Hier wollen wir, dass das Land insbesondere im Aufbau eines resilienten Hochschulrechenzentrums Unterstützung leistet: Um sichere Rechenzentren anzubieten wollen wir die Leistung und die Kapazitäten der universitären Rechenzentren z.B. in zwei Standorten bündeln.

9. Antidiskriminierung und Demokratieschutz

Hochschulen sind Orte wissenschaftlicher Freiheit, demokratischer Beteiligung und gesellschaftlicher Vielfalt. Zugleich nehmen Berichte über Diskriminierung, antisemitische und rassistische Vorfälle sowie Angriffe auf demokratische Strukturen zu. Die Sicherung eines diskriminierungsfreien und demokratischen Hochschul Umfeldes stellt daher eine zentrale Herausforderung dar.

Frage:

Welche Maßnahmen möchte Ihre Partei ergreifen, um demokratische Kultur und den Schutz vor menschenfeindlichen und demokratiegefährdenden Einflussnahmen an Hochschulen in Sachsen-Anhalt zu stärken?

Bitte nehmen Sie gegebenenfalls Stellung zu:

- Demokratische Beteiligung und politische Bildung
- Schutz betroffener Studierender
- Antidiskriminierungsstrukturen
- Unterstützung studentischer Initiativen
- Umgang mit Angriffen auf die studentische Selbstverwaltung

Antwort:

Für die FDP ist die Freiheit der Wissenschaft, Forschung und Lehre ein besonders hohes Gut. Nur durch die Freiheit der Forschung kann ernsthafte, vorurteilsfreie Wissenschaft und dadurch Innovation entstehen. Der bestehende gesetzliche Rahmen bietet hierfür gemeinsam mit der Landesverfassung einen effektiven Rahmen, in dem sich politische Entscheider bewegen können.

Versuche, in Institutionen wie Universitäten und Hochschulen hineinzuregieren und staatlich zu zensieren lehnen wir ab. Dazu zählen für uns auch drastische Eingriffe in die Hochschulautonomie, wie die Einführung von landesweiten Zivilklauseln. Hochschulen müssen im Rahmen der Meinungsfreiheit ein Ort der Diskussion und des Austausches sein. Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit aber auch Tendenzen des gesellschaftlichen Diskurses, Mitgliedern der Hochschule die freie Meinungsäußerung zu beschneiden, haben bei uns keinen Platz